

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen Society for Austro-Arab Relations

Quellenstraße 2C • A-1100 Wien
Tel.: +43 (0)1 5267810 • office.vienna@saar.at • www.saar.at



Herrn Bundesminister
Mag. Alexander Schallenberg
BMEIA
Minoritenplatz 8
1010 Wien

Wien, 2022-08-10

Sehr geehrter Herr Bundesminister !

Die auf dem Twitter-Account des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten veröffentlichte Stellungnahme zu den jüngsten israelischen Militäraktionen in Gaza kann aus Sicht unserer Gesellschaft nicht unwidersprochen bleiben. Die Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen wurde im Jahr 1982 als zivilgesellschaftliches Forum ins Leben gerufen, um die national und international anerkannte nahost-politische Position Österreichs zu untermauern. Der breite nationale Konsens kam damals alleine auch schon dadurch zum Ausdruck, dass sämtliche im Nationalrat vertretenen Parteien die neugegründete Organisation unterstützten und auch führende Persönlichkeiten in den Vorstand (Präsident Karl Blecha, Vizepräsidenten Erhard Busek und Norbert Steger) entsandten. Inzwischen hat sich die nationale aber auch internationale Situation wesentlich geändert, im Kernbereich der Nahost-Politik, dem israelisch-palästinensischen Konflikt, hat es leider keinerlei Veränderungen zum Besseren gegeben, ganz im Gegenteil. Es besteht daher unserer Meinung nach keine wie immer geartete Veranlassung, von der über Jahrzehnte vertretenen österreichischen Position abzugehen. Nach wie vor stellt die Erfüllung der völkerrechtlich unbestrittenen Rechte des Palästinensischen Volkes, beispielsweise im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung, eine unverrückbare Voraussetzung für die Lösung des Konfliktes dar. Leider sind wir heute, nahezu 30 Jahre nach der von vielen Hoffnungen begleiteten Osloer Grundsatzklärung weiter von einer fairen und völkerrechtskonformen Lösung des Konfliktes entfernt als je zuvor. Neben anderen Faktoren ist daran vor allem die unverändert fortgesetzte völkerrechtswidrige Siedlungspolitik Israels verantwortlich. Israel verletzt damit nicht nur alle wesentlichen politischen und völkerrechtlichen Bedingungen für die Lösung des anstehenden Konfliktes, sondern verstößt auch gegen zahllose internationale Resolutionen, darunter auch solche seitens der Europäischen Union. Es gibt also unserer Überzeugung nach absolut keine Veranlassung zu einer radikalen Veränderung der österreichischen Nahost-Politik.

Leider ist eine derartige festzustellen. Wie auch zuletzt die höchst umstrittene Beflaggung des Bundeskanzleramtes und des Außenministeriums bei einem früheren Konflikt unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat, solidarisiert sich die Österreichische Bundesregierung nahezu uneingeschränkt mit der Politik Israels und ignoriert dessen primäre Verantwortung für das Scheitern zahlloser internationaler Vermittlungsversuche. Bei Ihrer jüngsten Solidaritätsadresse haben Sie im Übereifer noch dazu die Kausalitäten und realen Abläufe der Ereignisse ins Gegenteil verkehrt. Dies war nicht nur unprofessionell sondern in höchstem Maße auch undiplomatisch.

Wir verurteilen daher die völlig einseitige österreichische Nahost-Politik, welche weder den völkerrechtlichen Gegebenheiten noch den wohlverstandenen Grundsätzen der österreichischen Neutralität entspricht.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Fritz Edlinger
Generalsekretär

Beilage:

Erklärung „Österreich lässt die Palästinensischer (und auch gleich das Völkerrecht) im Stich!“